



Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Wien, am 5. Mai 1988  
Bucek/Pos  
Klappe 2236  
031 - 293/88

Parlament  
1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF  
Z. 22. GE. 988

Datum: 13. MAI 1988

Verteilt 17. Mai 1988 *grob*

А. А. Азизов

*i. v.*

*Edmond*

(Dr. Friedrich Slovak)  
Obermagistratsrat



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

*Entwurf eines Bundesverfassungs-  
gesetzes über das Recht auf  
Sozialversicherung und Sozial-  
hilfe*

*Wien, am 5. Mai 1988  
Bucek/Pos  
Klappe 2236  
031 - 293/88*

*An das  
Bundeskanzleramt*

*Ballhausplatz 2  
1014 Wien*

*Zu dem mit Note vom 23. Feber 1988, Zl. 600.635/83-V/1/87,  
übermittelten Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes  
über das Recht auf Sozialversicherung und Sozialhilfe  
erlaubt sich der Österreichische Städtebund wie folgt  
Stellung zu nehmen:*

*Obgleich der rechtspolitisch positive Aspekt einer Ver-  
ankerung des Rechtes auf Sozialhilfe und Sozialversiche-  
rung und damit die Erfüllung völkerrechtlich eingegangener  
Verpflichtungen anerkannt wird, wird grundsätzlich die  
Verankerung sogenannter positiver Grundrechte in der  
Österreichischen Verfassungsordnung für problematisch  
betrachtet, weil letztlich die Durchsetzbarkeit solcher  
verfassungsrechtlich gewährleisteter positiver Grund-  
rechte Schwierigkeiten mit sich bringen könnte. Dies  
vor allem dann, wenn die erforderlichen einfachgesetz-  
lichen Bestimmungen über die Gewährung solcher Leistun-  
gen noch nicht erlassen worden sind.*

*Dazu vertritt der Österreichische Städtebund die Meinung,  
daß durch die verfassungsrechtliche Verankerung eines  
subjektiven Rechtes auf Sozialhilfe ein klagbarer An-  
spruch im Sinne des Artikels 138 B-VG geschaffen würde.*

*Insoweit im Entwurf eine institutionelle Garantie der  
Sozialversicherung und der Sozialhilfe verankert werden*

soll, muß in diesem Zusammenhang sicherlich auch das nicht starr zu betrachtende Verhältnis zwischen Sozialversicherung und Sozialhilfe betrachtet werden. Es ist festzuhalten, daß die soziale Sicherheit in zunehmendem Maße kommunalisiert wird. In immer weitergehendem Ausmaß werden durch das Instrument der Sozialhilfe sogenannte allgemeine Notfälle abgesichert, was keinesfalls dem ursprünglichen Grundgedanken der Sozialhilfe entspricht, die dafür gedacht war, außergewöhnliche, atypische Notfälle abzusichern. Die Sozialhilfestatistik zeigt, daß insbesondere Menschen auf Grund durchaus allgemeiner Lebensumstände (z.B. Altersgebrechen, Alleinerzieher, Arbeitslose, kinderreiche Familien) vom Netz der Sozialhilfe aufgefangen werden müssen. Aus sozialpolitischer Sicht muß daher gefordert werden, daß diese Gruppe von allgemeinen Notfällen auf einem höheren Niveau (z.B. Sozialversicherung) abgesichert werden und nicht auf das unterste Netz der sozialen Sicherheit, der Sozialhilfe - die letztlich finanziell von den Ländern und insbesondere den Gemeinden getragen wird - zurückfallen.

In den Erläuterungen wird normiert, daß ein Anspruch auf Sozialhilfe auch dann bestehen soll, wenn der Zustand der Hilfsbedürftigkeit verschuldet herbeigeführt wurde. Nach der derzeitigen Rechtslage kann die Sozialhilfe eingeschränkt oder ganz entzogen werden, wenn die Hilfsbedürftigkeit durch eigenes Verschulden herbeigeführt wurde. Da diese Möglichkeit bei der vorgesehenen Regelung fehlt, besteht die Befürchtung, daß eine Art "Grundversorgung aller" auf die einzelnen Sozialhilfeverbände übertragen werden soll, wodurch beträchtliche Mehrausgaben in der Sozialhilfe zu erwarten sind. Da im Vorblatt zu den Erläuternden Bemerkungen unmittelbare Kostenfolgen für den Bund ausgeschlossen werden, würde nach Auffassung des Österreichischen Städtebundes diese Last sozusagen "stillschweigend" den Gemeinden (den Ländern) aufgebürdet werden.

*Der Österreichische Städtebund bittet, den vorliegenden Entwurf aus den vorangeführten Gründen neu zu überdenken.*

*25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.*

*i. V.*



*(Dr. Friedrich Slovak)  
Obermagistratsrat*